

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Bruno Rossmann, Werner Kogler, Freundinnen und Freunde

betreffend Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Entlastung des Faktors Arbeit

eingebraucht im Zuge der Debatte „Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (360 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit in Finanzstrafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-FinStrZG) erlassen und das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Umgründungssteuergesetz, das Gebührengesetz 1957, das Glücksspielgesetz, das Versicherungssteuergesetz 1953, das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, die Bundesabgabenordnung, das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010, das Bundesfinanzgerichtsgesetz, das Finanzstrafgesetz, die Abgabenausführungsordnung, das Tabaksteuergesetz 1995, das Mineralölsteuergesetz 1995, das Tabakmonopolgesetz 1996 und das Zollrechts-Durchführungsgesetz geändert werden (2. Abgabenänderungsgesetz 2014 - 2. AbgÄG 2014) (432 d.B.)“

BEGRÜNDUNG

Die letzte Lohnsteuersenkung wurde 2009 durchgeführt. Aus aktuellen OECD-Zahlen geht hervor, dass der Entlastungseffekt längst verpufft ist. *„Demnach ist die Abgabenbelastung eines durchschnittlichen österreichischen Arbeitnehmers 2009 von 49 auf 47,9 Prozent gesunken. Mittlerweile (Stand 2013) liegt sie wieder bei 49,1 Prozent.“* (APA0046, 21.4.2014)

Seit Jahren wird der dringende Handlungsbedarf bei der Entlastung des Faktors Arbeit thematisiert. Dieser wird in Österreich überdurchschnittlich stark belastet und wirkt wachstums- sowie beschäftigungshemmend. Im Regierungsprogramm ist dazu Folgendes festgehalten: *„Der Eingangssteuersatz soll – unter gleichzeitiger Abflachung der Progression – in Richtung 25% gesenkt werden, sobald eine ausreichende Gegenfinanzierung oder budgetäre Spielräume gegeben sind.“* (Erfolgreich. Österreich. Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013-2018, Dezember 2013)

Die sogenannte kalte Progression verschärft die ohnehin schon hohe Steuerbelastung für alle Erwerbstätigen: Die Einkommensgrenzen des jeweiligen Steuersatzes werden bei der Lohn- und Einkommensteuer nicht an die Einkommensentwicklung angepasst – dadurch kommt es jährlich zu realen Steuererhöhungen, die Menschen mit niedrigem Einkommen besonders stark trifft.

Hinzu kommt, dass die Pro-Kopf Nettoreallöhne seit 2010 sinken. Laut WIFO September Prognose werden die Pro-Kopf Nettoreallöhne 2014 um 0,5 Prozent und 2015 um 0,2 Prozent sinken. Mittlere und untere Einkommensgruppen sind von den sinkenden Nettoreallöhnen pro Kopf besonders stark betroffen. Demgegenüber wächst die Zahl der MillionärInnen/MilliardärInnen und deren Vermögen in

Österreich: Seit 2014 hat Österreich 33 MilliardärInnen, deren Vermögen sich auf 119 Milliarden Euro summiert. Allein auf die 10 reichsten ÖsterreicherInnen entfiel ein Vermögen von 81,9 Milliarden. Sie konnten ihr Vermögen innerhalb eines Jahres um fast 10% erhöhen (Valluga Report 2014). Das Vermögen der Reichen und Superreichen geht erheblich auf Erbschaften zurück, es wurde nicht durch Arbeit erwirtschaftet. Wo Vermögen ist, wächst also Vermögen zu. Wer hingegen arm ist, bleibt es auch.

Die Regierung war bislang nicht in der Lage, eine Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs umzusetzen. Gescheitert ist die Reform vor allem an der Untätigkeit der Regierung sowie am fehlenden Konsens über die Gegenfinanzierung. Außer einem wenig ambitionierten Zeitplan im Hinblick auf die Realisierung (1.1.2016) liegt – abgesehen von Ankündigungen über mögliche Erhöhungen der Mehrwertsteuer - noch nichts vor. Angesichts der hohen steuerlichen Belastung und der konjunkturellen Entwicklung braucht es daher rasches Handeln, wobei der Fokus der steuerlichen Entlastung von Arbeits- und Erwerbseinkommen bei den unteren Einkommen liegen muss.

Während Österreich ein Höchststeuerland für Einkommen aus Arbeit ist, ist es ein Niedrigststeuerland für Reiche und Superreiche. Die Steuerstruktur ist extrem ungerecht. Alle verfügbaren Erhebungen und Studien über Vermögen in Österreich zeigen eine extrem ungleiche Verteilung. Die Europäische Zentralbank bestätigt: die Vermögenskonzentration ist nur in den USA, der Hochburg des Kapitalismus, höher als bei uns:

- Die Top 1% der privaten Haushalte, das sind rund 37.000 Haushalte, verfügen über 37% des gesamten Nettovermögens, also knapp 470 Mrd Euro; das ist das 1,4-fache der gesamten Wirtschaftsleistung Österreichs.
- Die Top 5% der Haushalte verfügen über 58% und die Top 10% sogar über mehr als zwei Drittel des gesamten Nettovermögens
- gleichzeitig verfügen die unteren 50% der Haushalte nur über 2,2% des Gesamtvermögens

Das Ziel muss daher ein faires Steuersystem sein, es muss leistungsgerechter ausgestaltet werden. Wer ja zu Leistungsgerechtigkeit sagt, muss auch Leistung fördern. Es geht daher um eine Steuerstrukturreform, die diesen Namen verdient. Das bedeutet eine sofortige Senkung der Steuern auf Arbeits- und Erwerbseinkommen, während gleichzeitig die reichsten 10% nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden dürfen. Es geht nicht um eine Neiddebatte oder „eat the rich“: Es geht um Gerechtigkeit. Steuergerechtigkeit ist notwendiger und wichtiger denn je.

Um die notwendigen budgetären Spielräume für die Steuerentlastung zu schaffen, sind eine reformierte Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für die reichsten 10% der Haushalte sowie eine Erbersatzsteuer für Privatstiftungen nach deutschem Vorbild („Stiftungsmilliarde“) unumgänglich. Berechnungen der Wirtschaftsuniversität (Univ. Prof. Dr. Wilfried Altzinger, Mag. Stefan Humer) weisen dabei auf erhebliche Aufkommenspotenziale hin. Eine Umschichtung der

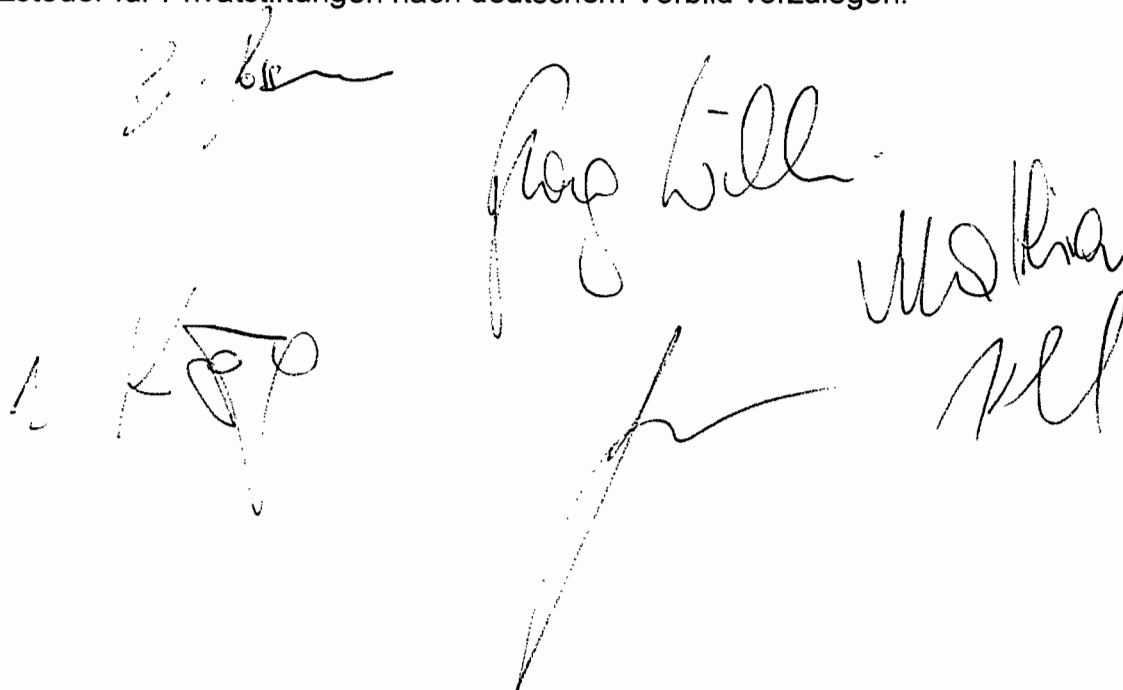
steuerlichen Belastung von Arbeit auf Vermögen wird auch von der EU-Kommission, der OECD und dem IWF seit längerem empfohlen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, dem Nationalrat bis Mitte März 2015 einen Gesetzesvorschlag für eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie die Einführung einer Erbersatzsteuer für Privatstiftungen nach deutschem Vorbild vorzulegen.“



The image shows several handwritten signatures in black ink. From left to right, there are: a signature that appears to be 'Z. Ben', a signature that looks like 'A. K. P.', a signature that reads 'Frag Bill', a signature that appears to be 'U. S. Kra', and a signature that looks like 'K. P.'. There is also a large, stylized signature in the center that is difficult to decipher.